

Keine weiteren Leuchttürme! Die Stadt nicht „kaputt sparen“.

Haushaltsrede 2018/19 (Günter Gleising, Soziale Liste im Rat)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Meine Damen und Herren

Auf Fragen der unzureichenden Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mittel durch Bund und Land will ich nicht groß eingehen, ich will nicht wiederholen was ich in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt habe.

Hinweisen möchte ich aber doch auf den großen Widerspruch zwischen den enormen Einnahmen des Bundes und der Unterfinanzierung der Kommunen. Auf den großen Widerspruch der guten Konjunktur der Wirtschaft und der Armut der Ruhrgebietsstädte. Auf den großen Widerspruch der hohen Gewinne der Wirtschaft und des Finanzmarktes und der ansteigenden Armut in Teilen der Bevölkerung, vor allem bei Kindern, Rentnern, alleinerziehenden Frauen, Menschen im Niedriglohnsektor. Es ist so viel Geld vorhanden, aber es ist in den falschen Händen und wird nicht da eingesetzt wo es dringend gebraucht wird. – Das ist schlichtweg ein Skandal!

Aus Sicht der Sozialen Liste hat das jahrelange setzen auf Leuchttürme, Imagekampagnen, Prestigeprojekte, das Sponsoring der Unternehmen aus dem Konzern Stadt tiefe Spuren in der Bochumer Finanz- und Haushaltspolitik hinterlassen. Die Einengung des finanziellen Spielraumes mit den Direktiven des Regierungspräsidenten und das Haushaltssicherungskonzept waren die Folge.

Mit dem drastischen Rotstiftprogramm (HSK) wurde und wird das Dienstleistungsangebot weiter verschlechtert, Leistungen der Daseinsvorsorge eingeschränkt. Die Folge ist, dass sich das Erscheinungsbild der Stadt weiter verschlechterte. Doch anstatt die Ursachen dieses Prozessen anzugehen setzt die Stadt auf teure sehr fragwürdige Imagekampagnen. Mit einer bunten Öffentlichkeitsarbeit der „Marke Bochum“ sollen die tatsächlichen problematischen Entwicklungen übertüncht werden.

Ohne Konjunkturpakete und dem Programm „Gute Schule“ gäbe es in Bochum fast einen völligen Stillstand bei den Investitionen. Welche Einschnitte das HSK bedeutet zeigt sich z. B. beim überbezirklichen Hochbauprogramm. Hier wurde im Rahmen des HSK beschlossen die Mittel ab 2018 von rund 2,5 Mio. € um 1 Mio. zu senken. Zu senken! Und das vor dem Hintergrund des großen Bedarfes an Sanierung und Investition in städtische Gebäude und Schulen. Zwar kommen da noch bezirkliche Mittel hinzu, aber der große Bedarf für die bauliche und technische Sanierung von städtischen Objekten wird damit in keiner Weise gedeckt.

Hinzu kommen Maßnahmen im HSK wie die Reduzierung der Wechselbepflanzung und Baumpflege, die Reduzierung des „Budgets für Kinderspielplätze“ oder die Verlängerung der Reinigungsintervalle.

Ein anderes Beispiel ist der eigentlich herrliche Stadtpark. Ein Sonntagsspaziergang zeigt einen erbärmlichen Zustand der Wege, der Baumpflege und des Rosengartens. Die erforderlichen finanziellen Mittel zur Pflege und Sanierung dieser Anlage werden schon seit Jahren nicht mehr in den Haushalt gestellt, auch diesmal nicht. Stattdessen werden wir auf die Jahre im nächsten Jahrzehnt vertröstet.

Aus der Vielzahl von Beispielen möchte ich anhand von zwei Punkten die Unsinnigkeit von Maßnahmen im HSK darstellen.

1. Im Bereich der Stadtbücherei sind zahlreiche Rotstift-Maßnahmen im HSK enthalten. So die Reduzierung der Öffnungszeiten, Entgelterhöhungen und Einsparungen beim Personal. Auch die Anschaffung neuer Medien wurde reduziert. Das Ergebnis ist: Die Nutzung der Bücherei ging erheblich zurück.

Der Hoffnung auf mehr Einnahmen folgte jetzt die Feststellung, dass die Einnahmen und die Anzahl der Nutzer zurückgegangen sind. Die Tendenz des Kaputtsparens ist hier deutlich zu erkennen.

2. Der verheerende Personalabbau geht weiter. Zwar sollen 68 Einstellungen erfolgen, darunter auch 2 Referenten für den OB. Dem stehen 44 eingesparte Stellen gegenüber. Das Plus von 24 Stellen verwandelt sich aber nach Abzug der 28 sehr wichtigen neuen Stellen bei der Feuerwehr schon in ein Minus.

Allein in der Verwaltung sollen im Haushaltsjahr 2018/19 44 Stellen abgebaut werden. Dies obwohl an allen Ecken und Enden deutlich wird wie der Personalabbau der letzten Jahre Einschnitte in das Dienstleistungsangebot bewirkt hat. Erhebliche Personalprobleme gibt es beispielsweise im Bürgerbüro, im Ausländerbüro, dem Baubürgerbüro, der Feuerwehr. Der Abbau von über 100 Stellen im Technischen Betrieb in den letzten Jahren hat dazu geführt das es bereits zu erheblichen Werteverlusten u. a. im Bereich Straßen, Gehwege Grünflächen und Friedhöfen gekommen ist.

Neue Zauberworte in der städtischen Personalpolitik sind jetzt „Optimierung“, „Digitalisierung“, „Personalkonzept“. Es wird der Eindruck erweckt als könne losgelöst von politischen und sozialen Entwicklungen Personal angebaut werden.

Dagegen hat der Personalrat kürzlich deutlich gefordert den, Personalabbau sofort zu beenden und drastisch formuliert: Die Zitrone ist ausgequetscht“ (*PR-Kontakt Dezember 2017*)

Und der Personalrat hat eine Bitte an die Politiker gerichtet, der ich hier an dieser Stelle nachkommen will.

Ich zitiere: „Bitte liebe politischen Vertreter, sagen sie ihren Bürgerrinnen und Bürgern, das es absehbar in der nahen Zukunft noch viel schlechter aussehen wird.“
Zitatende.

Kommen wir zu den einzelnen Punkten der heutigen Haushaltsberatung:

1. Den Stellenplan für das Jahr 2018/19 lehnen wir ab.
Der Personalabbau soll weitergehen, obwohl der Personalrat als auch die Gewerkschaft ver.di davor warnen und auf steigende Anforderungen und zusätzliche Aufgaben hinweisen. Da notwendige Neueinstellungen meist deutlich niedriger entlohnt werden sollen, stellt sich die Frage, ob für diese Stellen auch qualifizierte Bewerber gefunden werden können. Schon jetzt ist dieses Problem ein Hemmnis bei der Aufgabe, ein hohes Niveau bei der Verwaltungsarbeit und den Dienstleistungen der Stadt zu erhalten.

2. Dem überbezirkliche Hochbausanierungsprogramm 2018/19 stimmen wir nicht zu, weil das Volumen des Programms viel zu niedrig ist und der große Sanierungsstau nicht wesentlich verringert wird. Das Tempo von Sanierung und Erneuerung öffentlicher Einrichtungen gleicht dem einer Schnecke.

Alle dort aufgeführten Maßnahmen sind aber wichtig, deshalb: Enthaltung und keine Gegenstimme.

3. Zum Haushaltssicherungskonzept 2018/19. Dieses Konzept hat die Soziale Liste von Anfang an abgelehnt. Es ist im Wesentlichen ein Rotstiftprogramm zur Einschränkung von kommunalen Leistungen. Weitere Darstellungen erspare ich mir aus Zeitgründen.

4. Kommen wir zur Haushaltssatzung für das Jahr 2018/19. Hier klafft zwischen Erträgen und Aufwendungen eine deutliche Lücke. Das Defizit beträgt im Durchschnitt beider Jahre rund 50 Mio. €. Die Rücklagen der Stadt sinken weiter und schrumpfen im Jahr 2019 auf 47 Mio. €. Geht die Entwicklung so weiter, was anzunehmen ist, gibt es in drei vier Jahren diese Rücklage überhaupt nicht mehr. Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung soll für 2018/19 auf 1.100 Mio. € festgesetzt werden.

Mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssicherungskonzept erfüllt die Stadt, die von der Politik gestellten Bedingungen und die der Finanzmärkte, nicht aber die Hoffnungen der Menschen in unserer Stadt auf eine solidarische, lebenswerte Stadt für alle. Die Soziale Liste wird deshalb gegen die Haushaltssatzung, das HSK und den Stellenplan stimmen!